



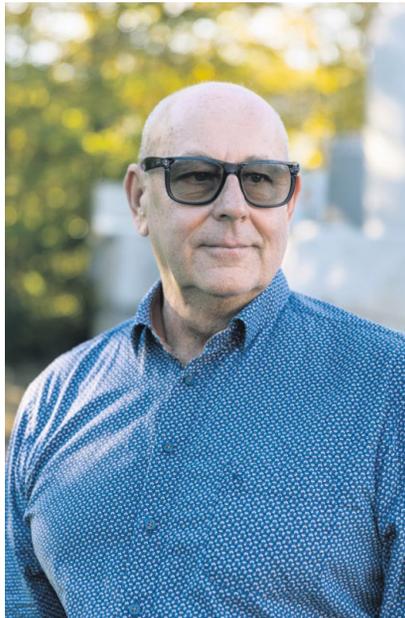
Hunde helfen bei der Suche nach verschütteten Personen.



Zum Übungsgelände in Mosbach nördlich von Heilbronn gehört ein zerstörter Bus.



Einsatzkräfte in Schutzanzügen während einer Übung im Mannheimer Hafen.



Roland Bollin (links) und Oberstleutnant Thomas Schmidt.



RICARDO WIESINGER FÜR NZZ

Gemeinsam üben für den Ernstfall

Erstmals beteiligt sich die Schweiz an einer Schulung des EU-Katastrophenschutzes

MIRJAM MOLL

Gebäude sind eingestürzt, überall liegen Trümmer, zerstörte Fahrzeuge. Ein Bus mit zerborstenen Scheiben steht auf einem Schutthaufen, die Rotorblätter eines Helikopters dröhnen. Rettungskräfte suchen nach Opfern. Im Oberrhein-Graben nördlich von Basel hat ein Erdbeben der Stärke 6,9 die Region erschüttert, es gibt mehr als hundert Tote, dazu kommen unzählige Verletzte und Vermisste. Das Land Baden-Württemberg ist mit der Suche und Bergung überfordert. Internationale Hilfe wird gebraucht. Das ist das Szenario der Übung «Magnitude» des EU-Katastrophenschutzes. Erstmals nimmt die Schweiz daran teil, mit 23 Einsatzkräften. Die ersten 24 Stunden sind essenziell nach einem Erdbeben. Danach schwindet die Überlebenschance von Verschütteten rapide.

Etwa 950 Personen aus Deutschland, Frankreich, Österreich und Griechenland arbeiten an der dreitägigen Übung mit. Hinzu kommen über 150 Fahrzeuge, 15 Hunde sowie 2 Helikopter. 1,36 Millionen Euro kostet die internationale Aktion, die von der Europäischen Kommission kofinanziert wird. Es ist die grösste Übung im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens, die je in Deutschland organisiert wurde. Aber was hat die Schweiz davon?

«Wenn wir den Bevölkerungsschutz weiterentwickeln wollen, müssen wir über die Grenzen schauen», sagt Roland Bollin, Leiter des Bereichs Internationale Angelegenheiten beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz (Babs). Er begleitet die Schweizer Einheiten und beobachtet den Übungseinsatz. Bollin sieht das Engagement der Schweiz als Notwendigkeit. «Katastrophen und Notfälle kennen keine politischen oder geografischen Grenzen», sagt Bollin. Es ist der Leitsatz des Tages. Der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl sagt ihn und der EU-Kommissar für Katastrophenschutz Janez Lenarcic, der angereist ist, um die Übung zu beobachten.

Was alle betonen: Mit der Verschärfung der Klimakrise werden extreme

Wetterlagen in Europa häufiger. Erst im Mai hatten starke Regenfälle zu einer verheerenden Flutkatastrophe in Baden-Württemberg und Bayern geführt. Auch in der Schweiz entstanden grosse Schäden, insbesondere im Wallis. In Griechenland kam es erneut zu verheerenden Bränden, zuletzt standen Wälder in Portugal in Flammen. In Bosnien lösten wiederum starke Niederschläge Überschwemmungen aus. Europa wird zugleich überschwemmt und brennt. «Das ist keine Anomalie, sondern neue Realität», sagt der EU-Kommissar Lenarcic.

Die EU-Mitgliedstaaten wollen vorbereitet sein. Und gemeinsam stehen mehr Ressourcen zur Verfügung. Man kann voneinander lernen, Methoden und Abläufe verbessern, die Zusammenarbeit im Fall einer grösseren Naturkatastrophe trainieren – in diesem Fall ein Beben. Das Erdbeben von Basel gelte dabei als Referenzszenario, erklärt der Übungsleiter Christian Resch. Im 14. Jahrhundert ereignete sich dort ein heftiges Erdbeben der Stärke 6,7 bis 7,1, das die Stadt zerstörte.

Mitgliedschaft wird angestrebt

Thomas Schmidt, Militärattaché der Schweiz in Berlin, ist angereist, um sich ein Bild zu machen. «Es ist beeindruckend, was Baden-Württemberg da zustande gebracht hat», sagt er. Was die Schweizer Teams bei der Übung lernten, könne im Ernstfall wertvolle Zeit sparen und Leben retten. «In der Theorie ist alles einfach, aber im Terrain kommt es immer anders», sagt er. Die internationalen Teams bringen unterschiedliches Equipment mit und gehen nach eigenen Methoden vor. Übungen wie diese seien deshalb essenziell, um sich aufeinander einzuspielen, sagt Schmidt.

In Notfällen könnten sich Mitglieder des Katastrophenschutzes nicht nur mit Einsatzfahrzeugen oder Löschflugzeugen helfen, sondern auch mit Infrastruktur, Material und Fachpersonal unterstützen. Die Schweiz will Mitglied in dem EU-Mechanismus werden. Bereits seit 2017 hat sie die Zusammenarbeit

mit der EU verstärkt. In diesem September beauftragte das Parlament den Bundesrat damit, einen Antrag auf Beitritt zum EU-Katastrophenschutzverfahren (UCPM) zu stellen. Man muss kein EU-Mitglied sein, um Hilfe von der Europäischen Union anzufordern. Jedes Land der Welt kann über den UCPM Hilfe anfordern, wenn ein Notfall seine Kapazitäten zur Katastrophenbewältigung übersteigt. Doch als Mitglied geniessen die Länder entscheidende Vorteile.

Die Schweiz könnte als Mitglied im UCPM nicht nur von schneller Hilfe profitieren, sondern auch eigene Teams und Ausrüstung von Kantonen international einsetzen und wertvolle Erfahrungen sammeln. Die EU übernimmt dabei bis zu über 80 Prozent der Einsatzkosten und ermöglicht den Zugang zu Forschungsprojekten. Für die Schweiz belaufen sich die jährlichen Kosten für die Teilnahme, abhängig vom Bruttoinlandprodukt des Landes, auf etwa 8 bis 10 Millionen Franken.

Seit 2001 wurde das Katastrophenschutzverfahren mehr als 700 Mal aktiviert. Neben intensiver Unterstützung der Ukraine in den vergangenen beiden Jahren zählen das Erdbeben 2023 in der Türkei und Syrien dazu, aber auch die gesundheitliche Notlage aufgrund von Covid-19, Rückführungen aus Afghanistan und verschiedene Waldbrände in Europa. Diese sind auch in der Schweiz nicht mehr unwahrscheinlich, insbesondere an der Nordseite der Alpen. Im Süden kann Italien helfen, doch an der Nordseite in den tiefen Tälern wäre ein grösserer Brand nach Einschätzung von Bollin vom Bund nicht alleine zu bewältigen. Die Schweiz verfügt beispielsweise über keine eigenen Löschflugzeuge. Ihre Beschaffung hat das Parlament schon mehrfach gefordert. Doch der Bundesrat lehnte eigene Flugzeuge ab.

Im Fall eines grösseren Erdbebens oder einer radioaktiven Wolke nach einem nuklearen Störfall wäre die Schweiz nach Einschätzung Bollins kaum in der Lage, sich selbst zu helfen. Hilfe aus dem Ausland wäre zwar über bilaterale Verträge möglich, doch der UCPM

würde viel grössere Möglichkeiten einräumen. Für die Schweiz ist ein Beitritt zu dem Katastrophenschutzverfahren rechtlich allerdings nicht möglich.

Bern will Regelwerk anpassen

Die EU-Regelung zum UCPM sieht vor, dass neben Mitgliedstaaten lediglich Beitrittskandidaten oder potenzielle Beitrittskandidaten sowie Staaten der Europäischen Freihandelszone (Efta), die dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) angehören, in dem Verfahren aufgenommen werden dürfen. Die Schweiz gehört zwar der Efta an, nicht aber dem EWR. Der entsprechende Passus müsste also geändert werden. Genau das hat die Schweiz auch vorgeschlagen.

«Man sollte den Katastrophenschutz nicht politisieren», fordert der Militärattaché Schmidt. Doch genau das scheint der Fall. Denn der Antrag der Schweiz bleibt offen. Kommissar Lenarcic weicht der Frage aus, wie es darum stehe, verweist auf das Regelwerk. Er sei aber sicher, dass das Problem bewältigt werden könne, durch ein «besonderes Arrangement». Das klingt vage.

Unterdessen arbeitet die Schweiz daran, die bilateralen Verträge mit ihren Nachbarn zu aktualisieren. Das Abkommen mit Deutschland stammt von 1984. Es sieht vor, dass die Hilfe ohne gegenseitige Absprachen nur in einem Grenzbereich von bis zu 30 Kilometern möglich ist. Eine Einschränkung, die im Ernstfall wertvolle Zeit kosten kann. Roland Bollin vom Babs betont umso mehr, dass die Teilnahme an den EU-Übungen für die Schweiz hohe Priorität habe, «um das Interesse hoch zu halten», dass das Land im Katastrophenschutzverfahren aufgenommen wird. Die Schweiz hat ihre Kosten für die Teilnahme an der aktuellen Übung selbst getragen.

Im Oktober 2026 wird die Schweiz selbst eine EU-Katastrophenschutzübung im eigenen Land ausrichten. Sie wird voraussichtlich im Übungsdorf Epeisses im Kanton Genf stattfinden. Auch hier soll ein Erdbebenszenario durchgespielt werden.